

## KVB-Linie 17

# Fährt die Nord-Süd-Bahn schon Ende 2015?

Erstellt 21.08.2013



Die Haltestelle Severinstraße (hier eine Visualisierung) wird voraussichtlich als letzte Mitte 2014 fertiggestellt. (Fotos: KVB, Belibasakis)

**HGK und KVB würden derzeit mit Hochdruck an den Planungen für die 2,5 Millionen Euro teure Wendeanlage arbeiten, sagte Projektleiter Heinrichs. Die Nord-Süd-Stadtbahn könnte bereits in zweieinhalb Jahren an den Start gehen. Von Michael Fuchs**

**Köln.** Die neue KVB-Linie 17 im Kölner Süden könnte schon in zweieinhalb Jahren an den Start gehen. Bei den Kölner Verkehrs-Betrieben hält man es für möglich, dass der Teilbetrieb auf dem südlichen Ast der Nord-Süd-Stadtbahn bereits zum Fahrplanwechsel Ende 2015 gelingen kann. „Falls das Genehmigungsverfahren für die Wendeanlage in Rodenkirchen ohne Verzögerungen durchgeführt werden kann, könnten wir den Termin Ende 2015 gerade noch schaffen“, ist Projektleiter Horst Heinrichs überzeugt. Vor einem Jahr hatte die KVB den frühestmöglichen Termin für die Inbetriebnahme auf Mitte 2016 verschoben, nachdem die Politik die Entscheidung um viele Monate vertagt hatte. Offenbar könnte es nun doch schneller klappen – falls das Genehmigungsverfahren optimal läuft.

HGK und KVB würden derzeit mit Hochdruck an den Planungen für die 2,5 Millionen Euro teure Wendeanlage arbeiten, sagte Heinrichs. „Wir können in Kürze in das Genehmigungsverfahren gehen.“ Er geht von rund eineinhalb Jahren Bauzeit nach Vorliegen des Baurechts aus.

Nötig wird die neue Wendeanlage im Bereich der Haltestelle Rodenkirchen, weil die bestehenden Gleise nicht leistungsfähig genug sind und sich auf der vorhandenen Infrastruktur nicht zeitgleich die Fahrten der heute bereits dort verkehrenden Linie 16 und der künftig hinzukommenden Linie 17 abwickeln lassen.

Südlich der Haltestelle Bonner Wall muss zudem im Bereich der Verbindungsstrecke zum Rheinufer ein doppelter Gleiswechsel eingerichtet werden. Weitere für den Teilbetrieb nötige Investitionen betreffen Zwischenlösungen für die Stromversorgung und die Anpassung der Zugsicherung. Gesamtkosten: 7,8 Millionen.

Die Fertigstellung der unterirdischen Haltestellen der Nord-Süd-Bahn schreitet laut Heinrichs gut voran. „Hier und da hatten wir zwar kleinere Probleme und mussten einige Aufträge neu vergeben, aber alle Arbeiten liegen voll im Zeitplan.“ In der Haltestelle Heumarkt, die im Dezember eröffnet werden soll, werden derzeit Aufzüge eingebaut, Geländer angebracht, Estrichböden und Treppenbeläge verlegt, Decken- und Wandverkleidungen montiert und Lampen installiert. Auch die Haltestellen Kartäuserhof, Chlodwigplatz und Bonner Wall sollen bis Ende des Jahres weitgehend fertiggestellt sein.

„Nur an der Severinstraße werden wir uns bis Mitte 2014 Zeit lassen“, so Heinrichs. Hier sei der Aufwand besonders hoch, und es habe Änderungen gegeben. Wandverkleidungen, die ursprünglich aus Beton geplant waren, würden nun in leichterem Kunststoff ausgeführt, weil das später Service- und Instandhaltungsarbeiten erleichtere. „Hier werden die längsten Rolltreppen in Köln eingebaut. Das wird ein Highlight ähnlich wie in London“, schwärmt der Projektleiter.

Derweil hat die Stadt Köln das Institut für Geotechnik der Universität Stuttgart (IGS) unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Moormann mit neuen wissenschaftlichen Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Archiveinsturz beauftragt. Hintergrund der Studie, für die der Hauptausschuss einstimmig 200.000 Euro bewilligt hat, ist der Streit um die Ursachen des Unglücks am Waidmarkt, der demnächst vor Gericht ausgetragen wird. Es geht um die Frage, wer für den Tod zweier Menschen und den Schaden von rund einer Milliarde Euro verantwortlich ist.

Laut einem internen Papier der Stadt betreiben die beteiligten Baufirmen der ARGE Los Süd „mit hohem finanziellen Aufwand“ wissenschaftliche Studien durch den von ihnen beauftragten Prof. Rolf Katzenbach von der Technischen Universität Darmstadt. Ziel dieser zum Teil bereits publizierten Forschungen sei es, den Einsturz „durch im Bodenzustand bestehende Besonderheiten zu erklären, um damit die Schadensverantwortlichkeit der ARGE auszuschließen“ und „spätere Bewertungen der Schadensursache zu beeinflussen“. Die Stadt müsse daher vergleichbare Untersuchungen in die Wege leiten, „um schnellstmöglich prozessuale Waffengleichheit zu erreichen“. Die ARGE lehnte einen Kommentar ab.